

in den Notstandsgebieten um ihre pastoralen Wirkungsmöglichkeiten.

Die für die Menschenrechtsfragen zuständige Sozialkommission der Bischofskonferenz (CEAS) versucht zum Teil gemeinsam mit den Menschenrechtsorganisationen CEAPAZ und CODEPP, Rechtshilfe zu leisten und Menschenrechtsverletzungen öffentlich zu machen. Erschwert wird das Sprechen und Handeln der Kirchenführung im sozialpastoralen Bereich durch *starke Spannungen innerhalb des Episkopats*. Entsprechend ist den Erklärungen der letzten Jahre zur politischen Lage Perus anzumerken, daß darin um einen *Minimalkonsens* gerungen wurde. Der in den 70er Jahren noch mehrheitliche Teil der Bischofskonferenz, der in seiner Pastoral befreiungstheologisch orientiert war, ist u. a. durch eine Reihe von Neuernennungen konservativer Bischöfe, darunter mehrere Opus-Dei-Mitglieder, in die Minderheit geraten. 1988 wurde Bischof *Ricardo Durand Flórez* von Callao – wie es heißt mit einem Vorsprung von fünf Stimmen vor dem sozial engagierten Bischof von Cajamarca, *José Dammert* – zum Vorsitzenden der Bischofskonferenz gewählt. Durand, in der Konfliktphase mit Rom vehementer Kritiker der Befreiungstheologie, äußert sich seitdem zurückhaltender; seine erste Aufgabe als Vorsitzender sieht er nach eigenen Worten in der Wahrung der Einheit in der Kirche Perus.

Zum Jahresende ernannte Johannes Paul II. den bisherigen Sekretär der Bischofskonferenz, Bischof *Augusto Vargas Alzamora*, zum neuen Erzbischof von Lima. Vargas folgt Kardinal Juan Landázuri Ricketts, in dessen 38jähriger Amtszeit (und Kirchenführung) die peruanische Kirche die Neuorientierung zur ‚Volkskirche‘, d. h. auf die arme Mehrheit des Volkes, vollzog. Kennzeichnend für die Position seines Nachfolgers dürften Äußerungen Vargas' bei seinem Besuch in der Bundesrepublik 1987 sein. Über *Gustavo Gutiérrez*, den Gründervater der Theologie der Befreiung, sagte Vargas, dieser komme in seinen Werken einer „unevangelischen Sprache“ nahe. Er selbst nehme für sich die in

zwei vatikanischen Dokumenten gereinigte Befreiungstheologie und die (des kolumbianischen Kardinal *Alfonso Lopez Trujillo* als Gegenentwurf propagierte) „Theologie der Versöhnung“ in Anspruch: „Nur so kann ich in vollem Sinn Christ sein.“

Während einige der peruanischen Bischöfe in der Befreiungstheologie eine der Wurzeln für extremistische Gewalt und für den Terror des „Sendero Luminoso“ sehen (Weihbischof *Juan Luis Cipriani* von Ayacucho in: Rhein. Merkur, 27. 10. 89) und sich z. B. ein Waisenheim in ihrem Bistum als Frucht „echter Befreiungstheologie“ vorstellen (Bischof *Enrique Pelach* von Abancay in: Konradsblatt v. 28. 5. 89), sorgen sich andere darum, daß die Kirche den Beschlüssen der lateinamerikanischen Bischöfe von Medellín und Puebla „so langsam den Rücken kehrt und auf diese Weise das Zweite Vatikanische Konzil abschüttelt“ (Bischof *José Luciano Metzinger*). Metzinger beklagt in einem 1989 veröffentlichten Aufsatz (in: Partnerschaft Freiburg – Peru II, hg. von der Pressestelle des Erzbistums Freiburg) den „Verlust der vertrauensvollen Zusammenarbeit“ unter den peruanischen Bischöfen und zwischen Bischöfen, Klerus und Laien als Folge der innerkirchlichen Auseinandersetzungen um die Theologie der Befreiung in den Jahren 1983–1985. Nach einer Phase schmerzvollen, aber erfolgreichen Ringens um Standpunkte und Einheit unter den Bischöfen habe die Aufforderung Papst Johannes Pauls II. an die Bischöfe – anlässlich seines Besuches

im Mai 1988 –, „die verlorenen Schafe in die Herde zurückzuführen“, neue Unruhe geschaffen.

### Ist die Mitte zu konfliktscheu?

Die Spannungen innerhalb der peruanischen Kirche binden Kräfte, die sie sowohl im engeren pastoralen Bereich wie in der Erfüllung ihres gesellschaftspolitischen Auftrags in einer Periode wachsender Armut und unkontrollierter Gewaltherrschaft dringend benötigte. Besonders notwendig wäre zum jetzigen Zeitpunkt die Intensivierung und Koordinierung der Menschenrechtsarbeit, d. h. der Schutz der zwischen die Fronten geratenen Bevölkerung. Für Peru wie auch für die Kirche in der Bundesrepublik gilt indes, daß gerade der *Einsatz für die Menschenrechte* noch weitgehend von Gruppen getragen wird, „die nicht so recht in der Mitte der Gemeinden beheimatet sind“ (Domkapitular *Wolfgang Zwingmann* zur Partnerschaft der Erzdiözese Freiburg mit der Kirche in Peru). Ist Menschenrechtsarbeit eher in der linken Ecke angesiedelt, so fragte er bei einer Akademietagung Ende Januar in Freiburg, weil die Mitte die – unvermeidlichen – Konflikte scheut? Konkret wird in Freiburg derzeit über Möglichkeiten nachgedacht, z. B. Bauernverbände für die Situation der Campesinos in Peru zu interessieren – und Frauen für das schwierige Leben peruanischer Frauen, bedroht von Hunger, Unterdrückung und brutaler Gewalt. G. B.

### Südafrika: Wende mit Nelson Mandela?

Am 11. Februar 1990 um 16.45 Uhr war es soweit: Nach fast 28jähriger Haft wurde *Nelson Mandela*, der charismatische Führer des ANC (African National Congress), aus der Haft entlassen. Millionen von Schwarzen in Südafrika feierten diesen Tag trium-

phal als einen Wendepunkt in der Geschichte des Apartheidstaates, als den Anfang vom Ende rassistischer Unterdrückung und Diskriminierung. In den langen Jahren seiner Gefangenschaft, die er größtenteils auf der Sträflingsinsel Robben Island zuge-

bracht hatte, war Nelson Mandela zu einer einzigartigen Symbolfigur schwarzen Widerstandes herangewachsen. Die wenigen Nachrichten, die im Laufe der Zeit über ihn an die Öffentlichkeit drangen, bestätigten immer wieder den Eindruck einer gradlinigen, unbeugsamen Persönlichkeit, ein Image, das er schon 1964 beim berühmten Rivonia-Prozeß vor den Augen der Weltöffentlichkeit hinterlassen hatte. Alle, die ihn in den letzten Monaten besucht hatten, berichteten einhellig, daß der 71jährige trotz des fortgeschrittenen Alters nichts von seiner Ausstrahlung, seiner Intelligenz und seinem mitreißenden Charisma eingebüßt habe. Und seine ersten öffentlichen Auftritte haben es bewiesen: Kein schwarzer Politiker in Südafrika besitzt gegenwärtig eine ähnliche Einigungskraft und Autorität wie Nelson Mandela.

## De Klerk schafft neue Gegebenheiten

Der Symbolfigur des schwarzen Widerstandes steht auf weißer Seite Präsident *F. W. de Klerk*, der Führer der Nationalen Partei (NP), gegenüber. Nach 40 Jahren diskriminierender Rassenpolitik und religiös begründeter Herrenvolkideologie war er es, der als Transvaaler aus uralter Burenfamilie den Mut besaß, das immer wieder verbissen verteidigte Machtmonopol weißer Minderheits Herrschaft aufzukündigen, ohne gegenwärtig unbedingt dazu gezwungen zu sein.

Nachdem sich der Vorgänger im Amt, Präsident *P. W. Botha*, trotz wiederholter Versprechungen nie zu couragierten Entscheidungen durchringen konnte, handelte *F. W. de Klerk* aus der Einsicht heraus, daß das Überleben des burischen Volkes sowie das aller Weißen in Südafrika heute nicht mehr durch den Einsatz der Gewehre, sondern nur noch durch eine friedlich ausgehandelte Vereinbarung mit der schwarzen Mehrheit über eine gemeinsam gestaltete Zukunft gesichert werden könnte.

In seiner Rede zur diesjährigen Parlamentseröffnung am 2. Februar ver-

kündete *de Klerk* eine radikale Politikveränderung, mit der er nicht nur Vertreter der Opposition, sondern noch mehr seine eigenen Parteigänger verschreckte:

- uneingeschränkte Zulassung der bislang verbotenen Oppositionsparteien und Bürgerrechtsbewegungen;
- bedingungslose Freilassung aller politischer Gefangener (die keine kriminellen Gewaltakte begangen haben), insbesondere von Nelson Mandela;
- die Abschaffung aller diskriminierender Rassengesetze in allernächster Zeit und die Aufhebung des Ausnahmezustandes, sobald dieses möglich erscheint;
- die Bereitschaft, mit allen relevanten gesellschaftlichen Kräften über eine neue Verteilung der politischen Macht zu verhandeln; Ziel soll eine neue demokratische Verfassung sein, die das Wahlrecht für alle vorsieht und keine Bevormundungen mehr kennt.

Auch wenn mit diesen Ankündigungen die politische Situation am Kap nicht umgehend auf den Kopf gestellt wurde, so sind mittelfristig doch gänzlich neue Gegebenheiten geschaffen worden. Die Tür zur schwarzen Mehrheitsherrschaft ist endgültig aufgestoßen worden – das Kolonialzeitalter geht zu Ende.

So spektakulär und für viele unerwartet dieser Schritt war, so unausweichlich erwies er sich. Die weiße Minderheitsregierung war in den letzten Jahren und Monaten so stark unter Druck von innen und von außen geraten, daß ein Festhalten am Status quo in wirtschaftlicher wie politischer Hinsicht immer sinnloser erschien. Die Gründe dafür:

- Die gesamtwirtschaftliche Situation Südafrikas hat sich seit Beginn der 80er Jahre immer mehr verschlechtert. Steigende Auslandsschulden, knappe Devisenreserven und die immer deutlicher spürbaren Wirtschaftssanktionen des Auslands machen dem Land zu schaffen. Einflußreiche Wirtschaftskreise fordern schon seit langem eine politische Kehrtwende.
- Das innenpolitische Klima hat sich seit Jahren geändert. Die Forderung zur völligen Aufhebung der Rassen-

trennung wird nicht nur von Schwarzen, sondern *auch von einer wachsenden Zahl von Weißen* gefordert. Selbst unter den Buren, insbesondere bei den Jugendlichen und Intellektuellen, hat sich ein neues Selbstbewußtsein des Afrikaanertums breitgemacht, das das Überleben des eigenen Volkes nicht in der Separation, sondern in der konstruktiven Zusammenarbeit sieht.

- Der internationale Veränderungsdruck einerseits und Perestrojka andererseits haben das bestehende Apartheidsystem in *Argumentationschwierigkeiten* gebracht. Der friedliche und keineswegs chaotisch-verlaufende Entkolonisierungsprozeß in Namibia hat gezeigt, daß die Machtübergabe an eine schwarze Mehrheit keineswegs gewaltsam verlaufen muß wie 1960 im belgischen Kongo oder 1975 in Angola.
- Angesichts der sich verstärkenden Radikalisierung unter den Schwarzen wurde schließlich immer deutlicher, daß Nelson Mandela und der ANC vergleichsweise viel moderater und gesprächsbereiter sind als die nachstößenden Kräfte. *De Klerk* hofft, daß es Mandela gelingen wird, mit seiner Autorität die militanten Gruppen zu mäßigen und Verhandlungskompromisse möglich zu machen.

## Noch ist in beiden Richtungen viel Überzeugungsarbeit zu leisten

Allerdings – bevor es tatsächlich zu Verhandlungen kommen wird, müssen beide Politiker in ihren jeweiligen Lagern noch viel Widerstand überwinden und Überzeugungsarbeit leisten. Die *ultrakonservative Rechte unter den Weißen* hat *de Klerk* vorgeworfen, einen Ausverkauf burischer Werte und Grundsätze betrieben zu haben. Sie haben gewaltsamen Widerstand angekündigt, da sie mit verfassungskonformen Mitteln wenig erreichen können.

Berücksichtigt man, daß sicherlich 40% der Weißen auf keinen Fall bereit sein werden, auf ihre Privilegien zu verzichten, so sind bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen unter den Weißen nicht zu verharmlosen. Es

wird jetzt entscheidend auf die *Führungsfähigkeit de Klerks* ankommen. Gewalt und Unruhe sind auch von der *schwarzen Seite* zu erwarten. Vor allem die militanten, ideologisch radikalen Gruppen wollen sich nicht mit Kompromissen abspesen lassen. Es bleibt abzuwarten, ob es dem Charisma und der Autorität Mandelas gelingen wird, Extrempositionen abzubauen und die schwarzen Massen auf seinen Kurs zu bringen. Einige Anzeichen sprechen dafür, daß er schon begonnen hat, den schwierigen Weg der Versöhnung zwischen den Meinungspolen zu gehen: Auf Massenkundgebungen ist seine Rhetorik merklich radikaler als auf Pressekonferenzen, bei denen er überwiegend für das weiße Publikum spricht. Zur Zeit herrschen bei den öffentlichen Verlautbarungen beider Seiten *Maximalforderungen* vor. Vermittelnde Zwischentöne sind noch kaum zu hören. Es ist zu erwarten, daß sich die *Verhandlungen über eine neue Machtverteilung* sowie über ordnungspolitische Grundfragen sehr

lange hinziehen können. Wie beide Führer es schaffen können, ihre jeweilige Klientel in dieser Zeit unter „Kontrolle“ zu halten, ohne daß es zu blutigen Gewaltausbrüchen kommen wird, ist noch nicht abzusehen.

### Ziel und Zweck der Sanktionen sind neu zu hinterfragen

Auch die *internationale Staatengemeinschaft* muß der neuen Situation in Südafrika Rechnung tragen. Mit der scharfen Kritik der Apartheid und der Verhängung von Sanktionen haben staatliche und private Institutionen des Auslandes über Jahre hinweg Einfluß auf das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in Südafrika genommen. Nun ist auch für diese Gremien die Zeit gekommen, sich aktiv und verantwortungsvoll um Lösungswege am Kap zu bemühen. Parallel zu den geplanten Verhandlungen müssen *Ziel und Zweck der Sanktionen* neu hinter-

fragt werden. So könnten z.B. mit steigendem Verhandlungserfolg negative durch positive Sanktionen ersetzt werden. Die schwierige politische Operation, die Pretoria jetzt bevorsteht, muß wirtschaftlich abgesichert werden und bedarf der aktiven Unterstützung des Auslands. Es wäre für den gesamten Süden Afrikas katastrophal, wenn die ohnehin schon wirtschaftlich angeschlagene Republik Südafrika trotz ihrer unter Beweis gestellten Veränderungsbereitschaft noch lange unter Quarantäne gestellt würde. Innenpolitisch könnte der fortgesetzte Boykott als Niederlage gewertet werden und einen gefährlichen Rückschlag im weißen Lager mit sich bringen. Wirtschafts- und finanzpolitisch könnte die längerfristige Fortdauer der Sanktionen eine gefährliche Krise heraufbeschwören. Es wäre schlimm, wenn die Prognose für den gerade begonnenen Verhandlungsprozeß auf dem Weg zu einer Post-Apartheidgesellschaft lauten müßte: „Operation geglückt, Patient tot.“ H. W.

## Gewalt und Bekämpfung von Gewalt

### Ein Gutachten und seine Kritiker

*Gewalt ist individuell wie gesellschaftlich ein vielschichtiges Phänomen und auf vielen Feldern auf vielfältige Weise wirksam. Die öffentliche Auseinandersetzung gilt vorwiegend der öffentlich wahrnehmbaren Gewalt, ihren Vor- und Nebenformen. Man streitet über Blockaden, Randalen und Hausbesetzungen. Gewalt im Privaten, Zwischenmenschlichen spielt sich ihrer Natur nach vorwiegend im Dunkelfeld öffentlicher Meinung ab, wirkt aber oft existenzgefährdend. Eine Regierungskommission hat in den letzten zwei Jahren beide Hauptfelder von Gewalt untersucht und ein Gutachten verfaßt. Hier ein zusammenfassender Bericht, der querbeet sich sowohl mit dem Gutachten wie mit der bisherigen Kritik an ihm auseinandersetzt.*

Im Dezember 1987 setzte die Bundesregierung durch Kabinettsbeschluß eine „Unabhängige Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt“ ein. Damit wurde ein Vorhaben ausgeführt, das bereits Gegenstand des Koalitionsabkommens von März 1987 gewesen war. Aufgabe der aus 36 auf Vorschlag des Bundesinnenministers berufenen Mitgliedern bestehenden „Gewaltkommission“ unter dem Vorsitz des ehemali-

gen niedersächsischen Landesjustizministers Prof. H.-D. Schwind (mit dem ehemaligen Berliner Justizsenator Prof. Jürgen Baumann als Stellvertreter) war es, bis Ende 1989 einen Bericht vorzulegen, der ein Zweifaches leisten sollte: erstens eine „Sekundäranalyse“ (also eine Darstellung anhand vorhandener fachlicher Untersuchungsergebnisse) über die Ursachen gewalttätigen Verhaltens und der Gewaltanwendung in den verschiedenen Lebensbereichen und gesellschaftlichen Erscheinungsformen; zweitens die Erarbeitung von Konzepten, „die so praxisnah und handlungsorientiert gefaßt sein sollten, daß sie von Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz auch möglichst kurzfristig umgesetzt werden können“. Erwartet wurde somit nicht nur eine Bestandsaufnahme des „Gewaltphänomens“ mit mitgelieferter Ursachenforschung, sondern ein *kriminopolitisches Programm mit sozialpräventivem Konzept*, wobei – wie es im Auftragsbeschluß der Bundesregierung hieß – auch „Aspekte der Ausübung öffentlicher Gewalt“ zu berücksichtigen seien.

Die Kommission, die in zwei Arbeitsgruppen (1. Arbeitsgruppe: Straftatverhütung; 2. Arbeitsgruppe: strafrechtliche Kontrolle) mit je vier Unterkommissionen tagte und